

## Die AfD entzaubern – wahrnehmen was ist

Familienbund  
der Katholiken  
Diözesanverband Freiburg

**Allerorten macht eine neue Partei von sich reden, die ein schönes und einladendes Wort im Namen trägt. „Alternative für Deutschland“. Nach der „alternativlosen“ Politik der vergangenen Jahre ein neues Angebot, aber eine Alternative?,**

Die „Alternative für Deutschland“ ist weder verlockend noch positiv – jedenfalls nicht für mich. Woran das liegt? Sie ist nur äußerlich das, was sie zu sein behauptet. Sie „alterniert“ – also wechselt – ständig in den Äußerungen ihres Führungspersonals. Ich kann mir den „vernünftigen“ Herrn Meuthen aussuchen, oder alternativ den aggressiven Herrn Höcke. Alternativ könnte Herr Meuthen aber auch mit vernünftigen Vorschlägen der NPD mitgehen, auch wenn Herr Höcke zur Abwechslung nicht immer alle Ausländer aus Deutschland raus und den Islam aus Europa vertrieben haben möchte. Das ist es aber nicht, was ich mir unter „alternativ“ vorstelle. „Alternativ“ würde vom Wort her nicht „heute so und morgen wieder anders“ bedeuten. Alternativ wäre ein neues Denken und Handeln, weil eine neue Situation das erfordert.

### AFD – WÄRMT ALTES AUF, GREIFT IN DIE MOTTENKISTE

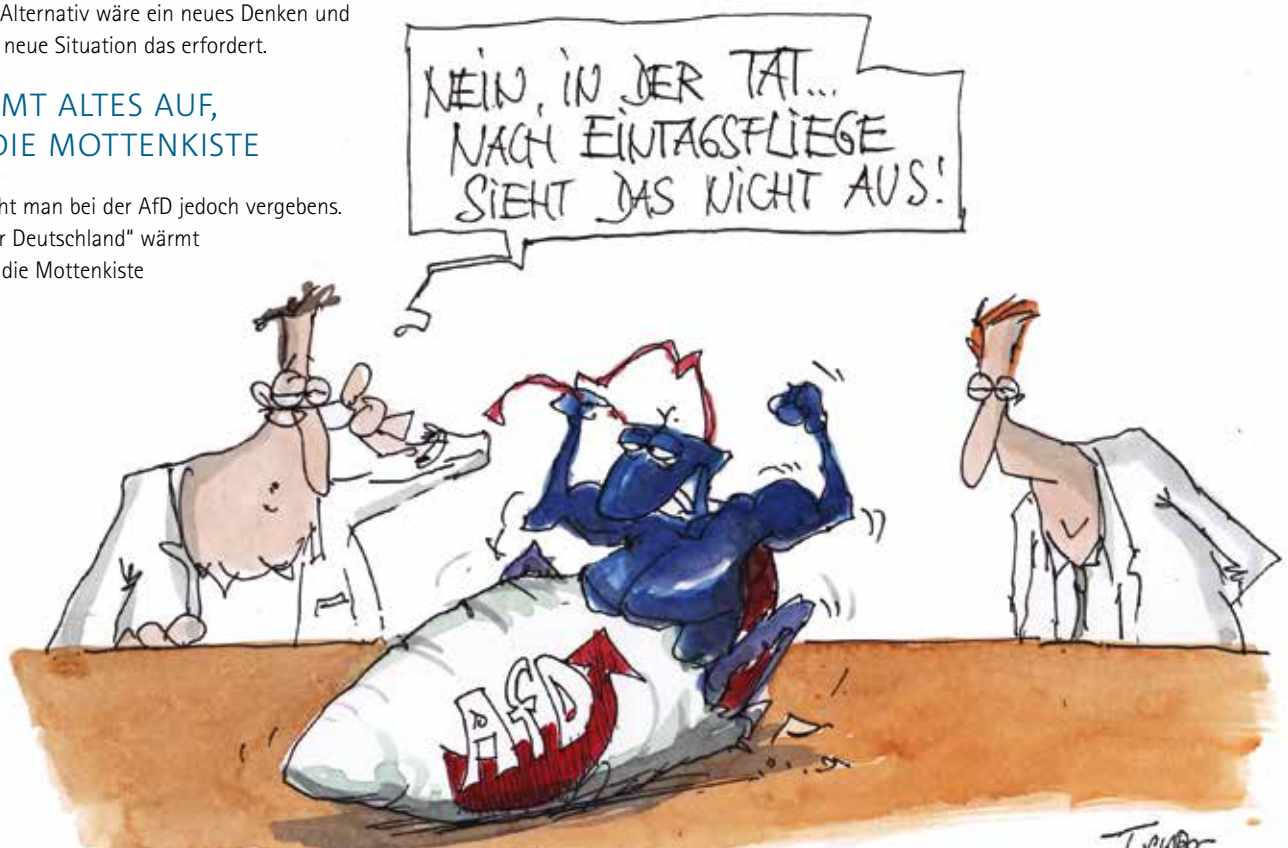
Neues Denken sucht man bei der AfD jedoch vergebens. Die „Alternative für Deutschland“ wärmt Altes auf, greift in die Mottenkiste

alter Denkmuster und einfacher Lösungen für komplexe Probleme und Sachverhalte.

Kennen Sie noch die Geschichte von Alexander dem Großen und dem gordischen Knoten? Ein wenig erinnert die AfD an dieses Verhalten: Der Knoten, das Problem, ist schwierig, viele haben sich daran versucht und sind gescheitert. Alexander versucht sich erst gar nicht dran. Er geht der Schwierigkeit aus dem Weg. Er ist ein Draufgänger, er haut das Problem einfach mit dem Schwert auseinander. Für die Menschen seines Gefolges und auf den ersten Blick, hat er den Knoten gelöst. Die Strategie dabei ist jedoch die eines Menschen, der ein Rätselheft kauft und es verbrennt, statt die Rätsel zu lösen. Das Ziel Alexanders war nicht Problemlösung, sondern Eroberung, denn dem „Löser des Knotens“ war versprochen, „ein großes Reich zu zerstören“. Am Ende war es sein eigenes Reich, das er durch sein Verhalten zerstört hat.



Stephan Schwär  
Diözesanvorsitzender



## AfD – DIE LÖSUNGEN WERDEN AUF SYMPTOME, NICHT AUF URSACHEN GERICHTET

Ähnliches Vorgehen sehe ich bei der AfD. Zwar wird kein Schwert benutzt, aber Schlagwörter. Es geht nicht darum, ein Problem zu durchdringen und die Knoten „aufzudröseln“. Die Komplexität wird verneint, die Probleme nicht in der Tiefe und Breite erfasst, die Lösungen werden auf Symptome, nicht auf Ursachen gerichtet. Wenn die AfD mit anderen Parteien und deren Entstehungsgeschichte verglichen wird, dann sehe ich hier auch einen wichtigen und entscheidenden Unterschied: Bei Grünen und Linken stand am Anfang die Analyse von Problemen und die Lösungsvorschläge haben bei den Ursachen angesetzt.

An diesen Punkt will die AfD gar nicht kommen, denn dann müsste „Alexander“ ja das Schwert aus der Hand legen und der Schwierigkeit konkret gegenüber treten. Daher wird die AfD wohl auch nicht regierungsfähig werden, weil die Lösungen nicht langfristig und tragfähig sind.

Dennoch ist die AfD gefährlich. Weil es auch unter uns, auch bei mir, den Wunsch nach einfachen Lösungen gibt. Weil auch ich den Draufgänger irgendwo bewundere, der sich um das Problem nicht schert sondern mutig voran geht. Und weil alles so klar und einfach und vernünftig erscheint, so dass jeder Einsicht in die Lösung gewinnen kann.

## AfD – GESPRÄCHS- UND KOOPERATIONSANGEBOTE AN DEN FAMILIENBUND

Vor der Landtagswahl hat die AfD uns als Familienbund einige Gesprächs- und sogar Kooperationsangebote gemacht. Die Ziele in der Familienpolitik seien doch vergleichbar und man könnte gemeinsam viel mehr erreichen. Scheinbar ein verlockendes Angebot. Aber der Schein trügt eben. Das Menschenbild aus dem wir handeln und die gesellschaftlichen Veränderungen die wir wollen sind nicht in Übereinstimmung mit denen der AfD zu bringen. Wir sehen den einzelnen Menschen als Person in seiner Eigenheit. Wir vertreten Werte wie Freiheit, auch der Religion, der Lebensformen. Wir sehen Familie nicht nur dort, wo Vater, Mutter und Kinder in idealisierten Formen zusammenleben. Wir treten ein für Solidarität mit Schwächeren, nicht für deren Ausgrenzung. Wir leben Vielfalt statt Einfachheit.

Und: Wir lassen uns nicht täuschen von heute solchen und morgen anderen Reden. Wir versuchen den Dingen auf den Grund zu gehen und misstrauen einfachen Lösungen für die schwierigen Sachverhalte. Das verpflichtet uns seit langem und darauf haben auch unsere Mitglieder ein Recht. Ob bei unserem „alten“ Thema, der Beitragsgerechtigkeit, oder beim neuen Thema „Wohnen“, zu dem wir in der letzten Zeit interessante und aufschlussreiche Gespräche geführt haben.

Viel Spaß beim Lesen wünscht Ihnen,  
**Stephan Schwär**, Diözesanvorsitzender

### Infobox

## Was darf Familien zugemutet werden?

BSG spielt bei Musterklagen des Freiburger Familienbundes weiter auf Zeit – die Verhandlungstermine am 15.09.2016 wurden kurzfristig aufgehoben.



Der 15. September war bei uns im Kalender groß und farbig eingerahmt. Wir hatten uns bereits intensiv darauf vorbereitet, zwei weitere Familien vor dem Bundessozialgericht (BSG) mit ihren Klagen gegen die Sozialversicherungsträger zu unterstützen. Stellungnahmen wurden geschrieben, eine Pressemitteilung war in Vorbereitung, Gespräche sollten geführt werden.

Doch leider erfuhren wir, dass das BSG den Termin kurzfristig abgesagt hat. Die Senatsmitglieder und Beigeladenen bräuchten mehr Zeit, um sich mit den vorliegenden Argumenten auseinanderzusetzen zu können.

Unser alter Vorschlag gilt: Richtervorlage nach Art. 100 Grundgesetz durch das BSG, damit das Bundesverfassungsgericht direkt über die Musterklagen entscheidet. Damit würde man vielen Familien den Weg durch die Instanzen ersparen und auch das BSG selbst spart sich viel Arbeit.

Seit vielen Jahren klagen Familien bereits gegen unsolidarische und ungerechte Beiträge. Wie lange sollen Eltern noch warten? Bis ihre Kinder groß und außer Haus sind? Das Bundesverfassungsgericht muss sich endlich der Sache annehmen und für Klarheit sorgen – die Sozialrichter wollen es anscheinend nicht.

Siegfried Stresing (Deutscher Familienverband) und Georg Zimmermann (Familienbund der Katholiken)

**MIT  
MA  
CHEN**

[www.elternklagen.de](http://www.elternklagen.de)

## Weiter mitmachen lohnt sich!

Für Neueinsteiger – einfach und schnell

Familien können und sollen weiter Anträge bei ihren Krankenkassen stellen. Das entsprechende Antragsmusterschreiben auf unserer Homepage [www.elternklagen.de](http://www.elternklagen.de) ist im Schlusssatz um die Einverständniserklärung des Ruhenlassen ergänzt.

Registrieren Sie sich dort auch im Infodienst – wir informieren sie dann über den weiteren Verlauf.



# Bezahlbares Wohnen

Bericht über Gespräche mit dem Projektplaner Peter Unmüßig und  
Abteilungsleiter Johannes Baumgartner, Erzb. Ordinariat Freiburg

Die Diözesankonferenz des Katholischen Familienbundes in der Erzdiözese Freiburg hat beschlossen, sich neben dem „Dauerbrenner“ Gerechtigkeit in den sozialen Sicherungssystemen dem Themenbereich des bezahlbaren Wohnens anzunehmen.

Unsere Kollegen in der Diözese Rottenburg-Stuttgart beschäftigen sich mit diesem Themenkomplex schon eine ganze Weile. Aus dieser Beschäftigung haben die beiden Diözesanen Verbände 8 Gedanken bzw. Ansatzpunkte entwickelt, die wir schon in der Ausgabe Nr. 67 des Forum Familie im vergangenen Jahr hier abgedruckt hatten.

Im Vorstand haben wir uns vorgenommen, mit diesen Gedanken im Hinterkopf mit einigen größeren Playern in diesem Bereich ins Gespräch zu kommen. Wir wollten von Ihnen hören, wie sie die Situation und die weitere Entwicklung am Wohnungsmarkt unter dieser Fragestellung wahrnehmen.

Wir, Stephan Schwär und ich, haben zum einen ein Gespräch mit dem Projektentwickler Peter Unmüßig und mit dem Leiter der Abteilung VI Immobilien, Bau und diözesane Stiftungen Herrn Baumgartner und Herrn Becherer, Leiter des Referates Immobilienmanagement geführt.

In den Gesprächen wurden nicht alle Ansatzpunkte thematisiert, aber einige grundsätzliche Aspekte der Wohn-

entwicklung wurden von allen gesehen (Aspekte 2, 3, 4 *Bezahlbares Wohnen – 8 Gedanken zum Thema. Forum Nr. 67, Nov. 2015, Seite 15*). Bei näherem Betrachten gibt es allerdings schon Unterschiede.

Herr Unmüßig bedauert am Beispiel Freiburg eine ungute Entwicklung am Wohnungsmarkt. Die führt dazu, dass Menschen an den beiden Enden der Wohlstandsskala im Wohnbereich abgesichert sind.

Im unteren Segment haben die betroffenen Menschen durch die Unterstützung, z. B. durch das Wohngeld und anderen Sicherungssystemen, einen Wohnraum, wobei keinesfalls eine Aussage über die Qualität und Menschenwürde der Wohnungen gemacht wird.

Am anderen Ende der Scala stehen die Menschen, die abgesichert durch ihren Wohlstand, auf dem Wohnungsmarkt bestehen können.

## ZU VIEL FÜR UNTERSTÜTZUNGEN, ZU WENIG FÜR DEN FREIEN WOHNUNGSMARKT

Problematisch wird ist es für die Menschen im Segment dazwischen, vor allem im unteren Bereich, d. h. die Menschen, die zu viel für den Bezug der Unterstützungen verdienen, aber zu wenig, um sich auf dem Wohnungsmarkt in der Stadt etwas leisten zu können.



**Michael Hagedorn**  
Mitglied des Diözesanvorstandes

### INFOBOX

Die Erzdiözese Freiburg unterstützt mit **5,5 Millionen Euro** das Bemühen um bezahlbaren Wohnraum im Bistum. Dieses Geld kommt den Mietern in bestimmten Einkommenssituationen direkt zu Gute dadurch, dass die Mietpreise für den qm auf 10 Jahre mit 1,50 € subventioniert werden.

So konnten durch dieses Projekt fast **400 Wohnungen** mit rund **30.000 qm Wohnfläche** neu geschaffen werden.

Das Siedlungswerk Baden und die Erzdiözese hat dazu eine eigene Homepage ins Netz gestellt:

[www.bezahlbares-wohnen-baden.de](http://www.bezahlbares-wohnen-baden.de)

In diesen Bereich gehören vor allem Alleinerziehende, Rentner, hier vor allem Rentnerinnen und Familien mit Kindern. Diese Gruppen sind letztlich gezwungen in die umliegenden Dörfer und Gemeinden der Stadt zu ziehen, da sie hier noch bezahlbaren Wohnraum vorfinden, allerdings auch einige Beschwerden auf sich nehmen müssen. (ÖPNV, längere Wegstrecken, z. T. auch die Notwendigkeit eines Autos.)

Übrig bleiben letztlich die Singles, kinderlose, doppelverdienende Paare etc. Dies hat dann langfristig auch Auswirkungen auf die Bevölkerungsstruktur der Stadt.

Für Herrn Unmüßig sind hier nur die Marktgesetze hilfreich:

### **DAS ANGEBOT AN FREIEM WOHNRAUM MUSS ERHEBLICH ERHÖHT WERDEN, DAMIT DANN AUCH DIE PREISE SINKEN.**

Bei der gegenwärtigen aufgeheizten Wohnungs- und Immobilienmarktsituation sehe ich hier allerdings kein Land in Sicht, da durch die gestiegenen Preise an Grund und Boden auch alle anderen Herstellungskosten ansteigen, denn jeder will an der Wertschöpfung beteiligt sein.

Herr Unmüßig möchte, dass das Image der Investoren insgesamt nicht so negativ gesehen werden darf, da durch sie ja letztlich Wohnraum erst entsteht, da sich ja sonst keiner mehr an solche Projekte heranwagt. Um den Wohnungsbau erschwinglich zu machen, müssen seiner Ansicht nach die Bauvorschriften und Auflagen abgespeckt werden und es müssen mehr Bauplätze angeboten werden.

Insgesamt kann man nach diesem Gespräch sagen, dass Herr Unmüßig ganz nach den Gesetzen des Marktes handelt und natürlich eine entsprechende Rendite erwirtschaftet werden muss.

#### **Dass man auch mit dem Markt etwas bewirken kann, haben wir im Gespräch mit Herrn Baumgartner und Herrn Becherer erfahren.**

Die Erzdiözese Freiburg hat nicht wie die Diözese Rottenburg-Stuttgart eine Beteiligung an einem Bauunternehmen.

Kurz nach dem Krieg hat die Erzdiözese in allen Kreisen des Landes Baden genossenschaftliche Siedlungswerke gegründet, die sich der damals herrschenden Wohnungsnot und dem Wiederaufbau widmen sollten. Hieraus ist das heutige **Siedlungswerk Baden** erwachsen, ein Zusammenschluss von 24 Mitgliedern, überwiegend Familienheim Genossenschaften, die alle zum Ziel haben, günstigen Wohnraum für Familien und alte Menschen zu schaffen.

Ermöglicht werden soll das Ziel durch entsprechend günstiges Bauen. Das bedeutet für die Architekten und Planer eine große Herausforderung entsprechenden Wohnraum im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften und Auflagen zu planen und zu erstellen. Es gelingt aber, wie die Zahlen belegen, dass Wohnraum zu entsprechend niedrigerem Mietzins zu schaffen ist. Man muss hier allerdings dazu sagen, dass die Erzdiözese mit dem Angebot von eigenen Grundstücken zu günstigen Konditionen noch eine zusätzliche Unterstützung bietet. Dadurch wird es der Zielgruppe Familien, Rentner mit niedrigerem Einkommen möglich, einen bezahlbaren Wohnraum finden zu können.

Einen wichtigen Beitrag in der gegenwärtigen Situation hat die Erzdiözese in den beiden letzten Jahren dadurch geleistet, dass sie **5,5 Millionen Euro an Subventionsmitteln** bereitgestellt hat. Dieses Geld kommt den

Mietern direkt zugute, indem dadurch die Mieten nochmals um 1,50 €/qm ermäßigt werden für einen Zeitraum von 10 Jahren, dadurch sind dann Mietpreise von 8,- € und je nach Baulage z. T. noch weniger möglich. Dieser Zuschuss kommt nur den Menschen zugute die max. 10 % über der Grenze zum Wohngeld zur Verfügung haben. Durch dieses Programm sind fast 400 Wohnungen mit über 30.000 qm Wohnfläche entstanden. Es bleibt zu hoffen und zu wünschen, dass durch die Erzdiözese noch weiterhin in dieser Weise ein Beitrag zur Schaffung von bezahlbarem Wohnen geleistet wird.

### **DIE DIÖZESE VERFÜGT INDIREKT AUCH ÜBER EIGENEN WOHNRAUM, DER IN DEN VERSCHIEDENEN STIFTUNGEN DER DIÖZESE EINGEBUNDEN IST.**

Ursprünglich waren ein Großteil dieser Wohnungen Dienstwohnungen, wie sie so manches größere Unternehmen für seine Arbeiter und Angestellten bereitgehalten hat. In den 1980er Jahren ist man aber davon abgegangen. Heute werden die Wohnungen in einem Auswahlverfahren unter anderem nach sozialen Aspekten und der Zugehörigkeit zu Kirchen der ACK vergeben.

Um den Stiftungszwecken entsprechen zu können, müssen hier allerdings Renditen erwirtschaftet werden, dass man zwar von günstigerem aber nicht so günstigem Wohnraum wie bei den genossenschaftlichen Wohnungen sprechen kann.

Für Herrn Baumgartner ist die gegenwärtige Niedrigzinsphase sehr problematisch. Da alle in diesem System beteiligte an der Wertschöpfung teilhaben wollen, steigen nicht nur die Bau- und Bodenpreise, sondern auch die Kosten für die im Baugewerbe tätigen. Das hat zur Folge, dass auch für die Baugenossenschaften die Baupreise steigen.

In diesen Gesprächen wurden längst nicht alle Aspekte angesprochen, die der Familienbund zusammengefasst hat. Aber es war ein erstes Erfassen der Sichtweise der gegenwärtigen Situation und erleben der unterschiedlichen Sehweisen zum einen ganz nach den Gesetzen der Marktwirtschaft folgend und zu anderen mit dem Markt gehen aber trotzdem etwas bewirken zu können.

Im Weiteren werden wir noch ein Gespräch mit dem Bauverein Breisgau, ein Mitglied im Siedlungswerk Baden, führen und überlegen, ein Mitglied des Vorstands des Siedlungswerkes Baden in die Diözesankonferenz einzuladen.

**Es bleibt u. a. weiterhin ein Augenmerk zu haben auf eine transparente Gleichbehandlung von den Menschen, die bezahlbaren Wohnraum dringend benötigen und den Menschen, die durch Flucht und Vertreibung zu uns gelangt sind, und dass es sich insgesamt um menschenwürdige Wohnungen handelt, die auch den Menschen, die im Wohngeldbezug sind, angeboten werden.**

### **BEZAHLBARES WOHNEN ...**

**... in Großstädten, Universitätsstädten und Metropolregionen – 8 Gedanken zum Thema.**

Willi Stadler und Beate Gröne vom Familienbund der Katholiken, Diözese Rottenburg-Stuttgart, berichteten im Forum Nr. 67, November 2015, auf Seite 15 ausführlich darüber.

# „Richterlicher Eigensinn im Sozialversicherungsrecht“

Der Tübinger Prof. Dr. Christian Seiler kommentiert das Urteil des Bundessozialgerichts (BSG) vom 30.9.2015 zu einer der Musterklagen des Freiburger Familienbunds.

Prof. Dr. Christian Seiler ist nicht irgendjemand. Er ist Dekan der juristischen Fakultät der Universität Tübingen, lehrt Staats- und Verwaltungsrecht sowie Finanz- und Steuerrecht, war Mitarbeiter von Prof. Paul Kirchhof in Heidelberg. In der „Neuen Zeitschrift für Sozialrecht“ kommentiert er auf mehreren Seiten das oben genannte Urteil und kommt am Ende zu einem vernichtenden Ergebnis für den Senat des Bundessozialgerichts und seine Abweisung der Freiburger Klage.

In gründlicher und sachlicher Art und Weise nimmt sich Prof. Seiler der Argumente aus der Urteilsbegründung an. Im Wesentlichen kritisiert er, dass das BSG sich mit dem Vorbringen der Kläger zur Frage der Gleichbehandlung (also Art. 3 Grundgesetz) nur unzureichend auseinandersetzt und die verfassungsrechtliche Prüfung mit wenig überzeugenden und teilweise widersprüchlichen Argumentationen verweigert. Das Gericht „hat sich zwar eingehend mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts ... befasst, die verfassungsrechtlich formulierten Maßstäbe aber doch recht unverblümt abgelehnt.“ Dabei hat nach Überzeugung von Seiler „das Bundessozialgericht den maßgebliche Sachverhalt ... nicht ausreichend aufgeklärt.“ ... „Auch bleiben Art und Maß ... der Systembeiträge von Eltern und Kinderlosen unerwähnt, was ... befremdet und zumindest als mangelnde Aufklärung der empirischen Grundlagen zu beanstanden ist.“

Seiler kommt zum Schluss: „Insgesamt sind die Ausführungen des Bundessozialgerichts, mag man seiner grundsätzlichen Position zustimmen oder nicht, in sich nicht schlüssig.“ Und: „Insofern stellen sich noch gewichtige methodische und empirische Fragen, denen sich das Bundessozialgericht sorgfältiger hätte widmen müssen. Ihm ist daher zumindest der Vorwurf mangelnder Aufarbeitung der zu beurteilenden Sachverhalte vorzuwerfen... Die durchgängig abwehrend gehaltene Argumentation des Bundessozialgerichts hat mithin ihre Schwächen.“

Am Ende wird Seiler überaus deutlich: „Das Bundessozialgericht hätte die ihm vorgegebene Grundgesetzauslegung des Bundesverfassungsgerichts entweder akzeptieren oder im Wege einer Vorlage ... zur erneuten Überprüfung stellen müssen. Die hierfür ... erforderliche Überzeugung von der Verfassungswidrigkeit des Gesetzes hätte sich auf der Grundlage des bundesverfassungsgerichtlichen Ansatzes einfach begründen lassen.“

So begrüßt er den Schritt der Kläger weiter mit einer Verfassungsbeschwerde den Streit nach Karlsruhe zu tragen. Zwar sei der Ausgang dort offen, aber es gäbe gute

Gründe am Ansatz des Pflegeurteils von 2001 festzuhalten. Denn das System „benachteiligt letztlich alle Eltern, trifft aber vor allem die Mütter besonders hart, gerade wenn sie viele Kinder aufziehen und hierdurch bedingt nur niedrige monetäre Beiträge leisten und folglich auch nur geringere Rentenanwartschaften erwerben können. Als auf ein solidarisches und gerechtes Miteinander der Generationen angelegtes Subsystem der Sozialstaatlichkeit vernachlässigt die gesetzliche Sozialversicherung ausgerechnet jene, die selbst den größten Beitrag zur generationenübergreifenden Solidarität leisten.“

Insofern hofft Seiler – wie der Familienbund auch – dass das Bundesverfassungsgericht sich treu bleibt und den Gesetzgeber zum Handeln zwingt. Dass der Weg noch weit ist bis „die Schiefelage des geltenden Systems ausgeglichen ist“, sieht er allerdings auch und wissen wir aus langjähriger Erfahrung.

Der Vorwurf vom „richterlichen Eigensinn“ bezieht sich somit zusammengefasst darauf, dass die Richter am Bundessozialgericht sich gegenüber dem Verfassungsgericht und seiner Argumentation völlig ignorant und ablehnend verhalten. Auch das höchste Fachgericht kann nicht aus eigener Überzeugung und mit solch schwacher Argumentation die Ausführungen des Bundesverfassungsgerichts im Pflegeurteil von 2001 übergehen.

Zusammengefasst von Stephan Schwär



Stephan Schwär  
Diözesanvorsitzender



Der Artikel von Prof. Seiler wird unter dem Stichwort unserer Klagen zur Beitragsgerechtigkeit auf unserer Homepage eingestellt:

[http://www.familienbund-freiburg.de/html/studien\\_fachartikel.html](http://www.familienbund-freiburg.de/html/studien_fachartikel.html)





## Fels in der Brandung

Siegfried Stresing geht in den Ruhestand



**Georg Zimmermann**  
Landesgeschäftsführer des Familienbundes Baden-Württemberg

Nach einem erfüllten – manchmal überfüllten – hochengagierten Berufsleben ist Siegfried Stresing, ein guter Freund und Berufskollege – zuletzt als Bundesgeschäftsführer des Deutschen Familienverbandes (DFV) im September 2016 in den wohlverdienten Ruhestand gegangen.

**Mit viel Herzblut** hat er sich – oft mit dem Familienbund und mir gemeinsam – **für Gerechtigkeit für alle Familien eingesetzt.**

Eingesetzt sowohl in der Bildungsarbeit, mit Fachtagungen und Vorträgen, in der unmittelbaren Auseinandersetzung mit Politikern und Politikerinnen, mit Behördenvertretern – in Gesprächen, Diskussionen, Schriftwechsel... als auch vielfältig in persönlichen schriftlichen Kontakten und Gesprächen mit Familien selbst.

### EIN PAAR BLITZLICHTER AUF DAS FAMILIENPOLITISCHE ENGAGEMENT VON SIEGRIED STRESING:

■ **Ein erstes familienpolitisches Highlight** war in den Jahren 1995 und 1996 die Aufklärung der Familien und Öffentlichkeit (auch die Politik brauchte Nachhilfe) über „Das neue Kindergeld- eine Mogelpackung“ .

■ **Eine namensgleiche Broschüre** – die damals „berühmte Mai-grüne“ – wurde von Siegfried Stresing und dem Unterzeichner erarbeitet und herausgegeben – sie fand massenhafte Verbreitung und erreichte viele Familien. Vielen wurde erst jetzt klar, dass das Kindergeld viel zu niedrig und das Steuerrecht insgesamt (zu dem ab 1996 auch das Kindergeld gehörte) wenig familienfreundlich war.

■ Eine sich folgerichtig anschließende **Widerspruchaktion des Familienbundes** gegen das zu geringe Kindergeld unterstützte Stresing gern. In Baden-Württemberg beteiligten sich am Widerspruch bei der Familienkasse des Arbeitsamtes über 200.000 Familien.

■ **Als streitbarer Familienvater** von 5 Kinder gehörte Stresing zu den ersten in den Verbänden die konsequent das auch selbst tun, wozu sie andere auffordern: er begann im März 1997 einen **Rechtsstreit bis zum Bundesverfassungsgericht** um die Frage der Beitragsgerechtigkeit für Familien in der Rentenversicherung.

■ Ausgehend von diesen Erfahrungen war er dem Freiburger Familienbund **ein guter Berater und Mitarbeiter** bei dem Lostreten der Kampagne zur Beitragsgerechtigkeit in der Pflege-, Renten- und Krankenversicherung.



■ Als eines der **drei Musterverfahren** dazu im Herbst 2015 – nach dem langen Weg durch die Instanzen – endlich beim Bundessozialgericht zur Entscheidung anstand, war Stresing der führende Kopf im DFV, der zusammen mit dem Freiburger Familienbund (von hier kommen die drei Musterklage-Familien) die neue Kampagne „**elternklagen**“ ins Leben rief, die diese Musterklagen politisch, öffentlichkeitswirksam und erneut juristisch unterstützt und „neu auflagt“. Seit Anfang 2016 betreiben die beiden Bundesverbände des Familienbundes und DFV diese Aktion gemeinsam.

■ Für die **Kampagne-Homepage [www.elternklagen.de](http://www.elternklagen.de)** trägt Siegfried Stresing die Hauptverantwortung und hat in den letzten Monaten besonders in der Prozessbegleitung einzelner Familien – auch direkt bei den Sozialgerichten vor Ort – für mehr Gerechtigkeit gekämpft. Dabei hat er immer gewusst: „**Wer kämpft kann verlieren. Wer nicht kämpft hat schon verloren**“

**LIEBER SIEGFRIED,  
DER FREIBURGER FAMILIENBUND  
UND ICH GANZ PERSÖNLICH  
DANKEN DIR HERZLICH FÜR DEIN GROSSES  
FAMILIENPOLITISCHES ENGAGEMENT,  
FÜR DIE GUTE ZUSAMMENARBEIT UND  
FREUNDSCHAFT – UND:  
DASS DU SO BIST WIE DU BIST.**

**Wir wünschen dir viele schöne Jahre und Gottes Segen nach deinem Berufsleben mit deiner Frau Resi, euren Kindern und vielen weiteren Enkeln.**



# Pflege zukunftsfähiger und familiengerechter (REFORM 2017)



Mit dem Zweiten Pflegestärkungsgesetz (PSG II) treten zum 1. Januar 2017 wesentliche Änderungen in der Pflegeversicherung in Kraft. Es ist die umfangreichste Reform seit deren Einführung im Jahr 1995.

## FOLGENDE ECKPUNKTE VERFOLGT DIE REFORM

- Die **Neudefinition des Pflegebedürftigkeitsbegriffs** ist der Kern des PSG II. Zur Beurteilung der Pflegebedürftigkeit werden künftig mehr Kriterien aus den Bereichen des Lebens und der Alltagsbewältigung herangezogen. Ziel ist eine Gleichbehandlung von körperlich, kognitiv und psychisch beeinträchtigten Menschen bei Begutachtung, Einstufung und Leistungsbezug.
- Das **Begutachtungsverfahren** wird zur Feststellung der Pflegebedürftigkeit überarbeitet. So werden künftig nicht mehr Minutenwerte für einzelne Verrichtungen vergeben. Der Schwerpunkt liegt stattdessen auf der Ermittlung, wie selbständig der Pflegebedürftige aufgrund seiner Beeinträchtigungen ist.

## AUTOMATISCHE ÜBERFÜHRUNG VON PFLEGESTUFE IN PFLEGEGRAD ZUM JAHRESWECHSEL 2016/17

Jeder Pflegebedürftige mit einer Pflegestufe wird automatisch, ohne erneute Antragstellung oder Begutachtung,

in einen Pflegegrad überführt und von seiner Pflegekasse darüber rechtzeitig informiert. Die Überleitung erfolgt nach einer vom Gesetzgeber festgelegten Überleitungstabelle. Der Pflegegrad berücksichtigt auch die vorher mit der Pflegestufe festgestellte eingeschränkte Alltagskompetenz.

## BESITZSTANDSSCHUTZ AUF PFLEGELEISTUNGEN

Für viele Pflegebedürftige werden sich die gesetzlichen Leistungen erhöhen. Gleichzeitig ist sichergestellt, dass sich die bisherige Leistungshöhe in keinem Fall verringert. Hierfür sieht der Gesetzgeber einen Besitzstandsschutz vor. Dieser regelt, dass kein Pflegebedürftiger schlechter gestellt wird als zuvor.

## DIE WICHTIGSTEN LEISTUNGEN IM ÜBERBLICK

### MONATLICHE BEITRÄGE JE NACH PFLEGEGRAD

PFLEGEGRAD	1	2	3	4	5
PFLEGELEISTUNGEN	*	316 Euro	545 Euro	728 Euro	901 Euro

PFLEGELEISTUNGEN	1	2	3	4	5
TAGES- UND NACHTPFLEGE	*	689 Euro	1.298 Euro	1.612 Euro	1.995 Euro

TAGES- UND NACHTPFLEGE	1	2	3	4	5
VOLLSTATIONÄRE PFLEGE	**	770 Euro	1.262 Euro	1.775 Euro	2.005 Euro

VOLLSTATIONÄRE PFLEGE	1	2	3	4	5

\* 125 Euro für Inanspruchnahme von Entlastungsleistungen  
 \*\* 125 Euro Zuschuss für vollstationäre Pflege

## Impressum

Herausgeber und Verlag  
 Familienbund der Katholiken,  
 Diözesanverband Freiburg,  
 Okenstr. 15, 79108 FR  
 Tel. 0761 5144-203  
 Fax 0761 5144-76203  
 familienbund@seelsorgeamt-freiburg.de

Redaktion  
 Georg Zimmermann  
 ISSN 0945-2338

Gestaltung  
 d.e.sign, Ettenheim

Bilder  
 ©???/fotolia.de  
 ??? / Shutterstock.de

Druck  
 Hofmann Druck, EM

PFLEGESTUFE	PFLEGEGRAD
0 mit eingeschränkter Alltagskompetenz	2
1 mit eingeschränkter Alltagskompetenz	3
2 mit eingeschränkter Alltagskompetenz	4
3 mit eingeschränkter Alltagskompetenz	5
3 Härtefall	5
3 Härtefall mit eingeschränkter Alltagskompetenz	5